

## Einleitende Visionen

(1) Arbeitsplätze, neue Produkte und Dienstleistungen entstehen heute und in Zukunft durch „kreative Problemlöser“ - das heißt, wir müssen verstärkt in Menschen investieren. Die Erneuerung Brandenburgs kann nur durch die Besinnung auf unsere eigenen Stärken gelingen. Die Wissenschafts- und Forschungslandschaft ist dabei ein entscheidender Pfeiler für die zukünftige Entwicklung unseres Landes. Dort werden die Ideen von morgen geboren. Damit dies so bleibt, wollen wir den Hochschulen mehr Freiheit einräumen. Wir wollen ein Klima der Kooperation zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf der einen und Unternehmen auf der anderen Seite schaffen. Durch engste Zusammenarbeit - auch mit Kommunen und Schulen - können neue Innovationskerne entstehen, die zu guten und hoch produktiven Arbeitsplätzen führen. Unser Ziel ist es, dass möglichst viele der Studentinnen und Studenten in Brandenburg ihre Heimat finden und auch nach ihrem Studium hier ihre Ideen verwirklichen können.

## Studentische Selbstverwaltung

(2-4) Die Aufgaben und die Mitwirkungs- bzw. Mitbestimmungsmöglichkeiten der Studierendenschaft sind im Brandenburgischen Hochschulgesetz im Paragraphen 62 klar geregelt. Das kann jeder nachlesen, das braucht an dieser Stelle nicht wiederholt zu werden. Es ist richtig, dass im Berliner Hochschulgesetz der Studierendenschaft auch ein politisches Mandat über den reinen Hochschulbereich hinaus zugesprochen wurde. Die Brandenburger SPD hat sich zu dieser Forderung noch nicht eindeutig positioniert, da aufgrund der geringen Wahlbeteiligung zu den Studierendenparlamenten von vielen Seiten immer wieder Bedenken an der Legitimität der Studierendenparlamente vorgebracht werden. Dennoch setzt sich die Brandenburger SPD für eine weitere Demokratisierung der Hochschulen ein und fordert alle Studierenden auf, ihre Mitwirkungsmöglichkeiten und Mitbestimmungsrechte konsequent wahrzunehmen. In den kommenden Jahren ist die studentische Mitwirkung vor allem auf dem Gebiet der Lehrevaluation gefordert, damit tatsächlich bessere Studienbedingungen geschaffen werden können.

## Hochschulfinanzierung

(5) Allen verantwortlichen Politikerinnen und Politikern in der Brandenburger SPD ist bewusst, dass die Ausgaben für Bildung, Wissenschaft und Forschung de facto Investitionen in die Zukunft des Landes sind. Die haushalterische Bewertung dieser Mittel als konsumtive Ausgaben ist ein trauriges Relikt altbackener Kameralistik. Für die SPD steht fest, dass eine zukunftsweisende Politik auf jeden Fall für diese wichtigen Bereiche ausreichend Haushaltsmittel zur Verfügung stellen muss.

(6) Das Gesamtvolumen des Brandenburger Landeshaushaltes wird auch in den kommenden Jahren weiter abnehmen. Die Brandenburger SPD wird sich dennoch weiterhin für eine moderate Erhöhung der Haushaltsmittel für Bildung, Wissenschaft und Forschung einsetzen - Dies hat bereits Ministerpräsident Platzeck bei verschiedenen öffentlichen Veranstaltungen klargestellt. Brandenburg ist damit das einzige Bundesland, in dem in den letzten Jahren im Wissenschaftssektor nicht gespart wurde. Hierzu ist jedoch noch viel Überzeugungsarbeit bei vielen Menschen zu leisten, denn steigende und bereits konstante Hochschulfinanzen bedeuten Kürzungen in anderen Bereichen. Trotz der momentanen gravierenden Überlast, die die Hochschulen zu bewältigen haben, darf die Politik aber nicht die demografische Entwicklung aus den Augen verlieren. Bereits in fünf Jahren wird sich der Geburtenknick durch sinkende Studienanfängerzahlen an den Hochschulen bemerkbar machen. Langfristig wollen wir den Prozentsatz der Abiturientinnen und Abiturienten, die ein Studium beginnen, deutlich erhöhen.

(7-8) Die Brandenburger SPD wird sich in den kommenden Jahren dafür einsetzen, dass sich die Wirtschaft in viel größerem Umfang als bisher an der Hochschulfinanzierung beteiligt. Sei es durch Forschungsaufträge (Drittmittel), durch Stiftungsprofessuren oder mit Spenden (Sponsoring) - die Wirtschaft muss einen größeren Beitrag zur Hochschulfinanzierung leisten, denn schließlich profitiert sie von gut ausgebildeten Hochschulabsolventinnen und -absolventen. Aber auch die Hochschulen müssen bei der Mitteleinwerbung aktiver werden. Damit sie wirtschaftlich selbstständiger agieren können, sollen sie mehr Autonomie erhalten und müssen auch im Rahmen ihrer eigenständigen Haushaltsaufstellung genügend Mittel für die Bibliotheken bereitstellen.

### **Studienfinanzierung (9 - 11)**

(9) Aus Sicht der Studierenden ist ein elternunabhängiges Bafög mit garantierten Höchstsatzzahlungen selbstverständlich erstrebenswert und würde so manchen Konflikt mit dem Elternhaus vermeiden und auch die Notwendigkeit des Hinzuverdienens abmildern. Dies widerspricht jedoch dem Gerechtigkeitsgedanken, dass besser verdienende Eltern zumindest teilweise zur Studienfinanzierung ihrer Kinder herangezogen werden. Es ist kaum vorstellbar, dass elternunabhängiges Bafög für alle auch nur teilweise als Zuschuss vergeben werden könnte.

(10) Um die so genannten bildungsfernen und/oder sozial schwachen Schichten an die Hochschulen zu holen, muss frühzeitig in den Schulen für ein Studium geworben werden. Dabei dürfen sich die Hochschulen nicht auf die Lehrer und die allgemeine Studienberatung verlassen, sondern müssen vor Ort aktiv werden. Bereits im Mai 2002 hat der Landtag Brandenburg auf Initiative der SPD einen Beschluss gefasst der die Landesregierung auffordert, die Quote der Schulabgänger mit Hochschulreife sowie die Zahl der jungen Brandenburgerinnen und Brandenburger, die unmittelbar nach dem Schulabschluss ein Studium aufnehmen zu erhöhen. Weiter heißt es in dem Antrag: „Die Studien- und Berufsberatung und die Zusammenarbeit von Schule, Wirtschaft und Hochschulen sind zu verbessern. Junge Menschen, vor allem junge Frauen, sind gezielt für besonders chancenreiche mathematisch-ingenieurwissenschaftlich und naturwissenschaftlich technische Studiengänge zu motivieren.“

(11) Selbstverständlich sind studentische Beschäftigte an wissenschaftlichen Einrichtungen angemessen zu entlohnen und dürfen nicht als billige Arbeitskräfte behandelt werden. Ein Tarifvertrag ist eine Möglichkeit, die Entgelte zu regeln, der die SPD grundsätzlich positiv gegenüber steht. Aufgrund des eher geringen gewerkschaftlichen Engagements der Studierenden wäre jedoch die Selbstverpflichtung der Hochschulen, bestimmte Mindestlöhne an studentische Beschäftigte zu bezahlen, eine ebenfalls gute Lösung.

### **Studiengebühren**

(12) Die Brandenburger SPD steht weiterhin für ein studiengebührenfreies Erststudium, wie es die gegenwärtige Gesetzeslage bundesweit vorschreibt. Auch Studiengebühren für so genannte Langzeitstudenten sind nicht vorgesehen, da man diejenigen, die mit schlechten Studienbedingungen kämpfen, nebenher arbeiten müssen oder wollen oder mit anderen widrigen Lebensumständen konfrontiert sind, nicht noch zusätzlich bestrafen sollte. Falls die gesetzlichen Voraussetzungen im Bund dafür geschaffen werden sollten, Studiengebühren zu erheben, dann wird sich auch Brandenburg langfristig diesem Trend anschließen müssen. Dies muss ehrlicher- und realistischerweise auch gesagt werden. Allerdings gelten dann für die Brandenburger SPD bestimmte Voraussetzungen für Studiengebühren, denn unsere Gesellschaft kann es sich nicht leisten, dass junge Menschen aus finanziellen Gründen nicht studieren. Neben einem Studienkontenmodell, das auch ein Teilzeitstudium ermöglicht, bedarf es eines sozial gerechten Finanzierungsmodells. Selbstverständlich müssen die Studiengebühren direkt an die Hochschulen gehen und Studierenden müssen für ihr

Geld auch eine entsprechend bessere Gegenleistung durch die Hochschulen verlangen können.

(13) Moderate Entgelte und Gebühren für Sonderleistungen der Hochschulen sind für Studierende natürlich eine zusätzliche Belastung, dennoch angemessen, wenn die Angebote nicht unmittelbar für den Studienerfolg erforderlich sind, also nicht in der Studienordnung verpflichtend vorgeschrieben.

### **Länderhoheit**

(14) Im Rahmen des Bologna-Prozesses müssen die Hochschulen bereits weitgehende Reformen der Studiengänge vollziehen. Die Brandenburger SPD ist der Überzeugung, dass dies nur bei einer weitergehenden Hochschulautonomie zu leisten ist. Die Kompetenzen der Länder sollen eher an die Hochschulen übergehen als auf andere staatlichen Ebenen verlagert werden.

### **Studienreform**

(15) Die zügige Umsetzung des Bologna-Prozesses hat für die Brandenburger SPD oberste Priorität. Dies bedeutet u. a., dass bereits mittelfristig sämtliche Studiengänge als Bachelor- und Masterstudiengänge angeboten werden. Leider besteht gegenwärtig noch das Problem, dass in der Wirtschaft aber auch in den öffentlichen Verwaltungen für Hochschulabsolventen mit Bachelor-Abschlüssen kaum Arbeitsangebote vorhanden sind. Dies muss sich ändern. Gleichzeitig muss sich im Zuge des lebenslangen Lernens die Einsicht durchsetzen, dass vermehrt Arbeitnehmer nach einigen Jahren Berufstätigkeit die Möglichkeit erhalten, an die Hochschule zurückzukehren, um einen (weiteren) Master-Abschluss zu machen. Dies wird in der Wissensgesellschaft zukünftig die Regel sein. Daher darf die Anzahl der Studienplätze für Master-Studiengänge keinesfalls geringer sein als für Bachelor-Studiengänge.

(16) Die Zugangskriterien für Master-Studiengänge müssen die Hochschulen unter weitestgehender Selbstverantwortung formulieren. Schließlich müssen sie auch ein Interesse daran haben, dass die Studierenden den Master-Studiengang erfolgreich absolvieren. Dabei kann nicht jeder Bachelor-Abschluss als Voraussetzung für jeden Master-Studiengang gewertet werden (etwa vom Bachelor für BWL zum Master in Medizin), allerdings müssen als Zugangskriterien auch Qualifikationen berücksichtigt werden, die außerhalb der Hochschule erworben wurden.

(17-18) Die SPD sieht die zeitlichen Anforderungen an die Studierenden - bereits unabhängig von der Notwendigkeit nebenher jobben zu müssen - kritisch. Wir wollen keine „Fachidioten produzieren“ die sich später im Arbeitsprozess unkritisch einordnen, sondern vielseitig gebildete und kritische Bürgerinnen und Bürger ausbilden. Gerade während der Studenzeit sollten junge Menschen die Möglichkeit haben, ihren kulturellen Interessen nachzugehen und sich gesellschaftlich zu engagieren. Dazu bedarf es der Möglichkeit des (geregelt) Teilzeitstudiums und einer weiteren Reform der Studienfinanzierung. Mit einem Studienkontenmodell oder durch Studiengutscheine ließe sich ein geordnetes Teilzeitstudium leichter realisieren.

### **Internationalität**

(19) Das neue Mittelvergabemodell beinhaltet bereits für die Hochschulen finanzielle Anreize, den Anteil ausländischer Studierenden zu erhöhen. Diese ausländischen Studierenden finanziell zu fördern übersteigt jedoch Leistungsfähigkeit des Landeshaushaltes. Immerhin ist für sie das Studium in Deutschland, im Gegensatz zu den meisten anderen Ländern, kostenlos. Auch ausländische Studierende können bei vielen Stiftungen Stipendien beantragen.

Diese Möglichkeit wird - übrigens auch von den deutschen Studierenden - viel zu wenig genutzt.

(20) Im Zuge der Umsetzung des Bologna-Prozesses wird das Pflicht-Auslandssemester für alle Studierenden kommen. Die SPD will vor allem das Sprachangebot und die Qualität des Sprachunterrichts an den Schulen verbessern, sodass an den Hochschulen hauptsächlich das fachspezifische Vokabular gelernt werden soll. Darüber hinausgehende Sprachkurse, die nicht im Lehrplan verpflichtend vorgeschrieben sind, sollen von den Hochschulen zwar angeboten werden, können jedoch nicht gänzlich kostenfrei sein. Dies würde die Leistungsfähigkeit des Landeshaushaltes überfordern.

(21) Bereits jetzt können geduldete Personen ein Studium aufnehmen. Bei Asylsuchenden ist dies problematisch, da ihr rechtlicher Status noch unklar ist und sie in der Regel (noch) nicht die erforderlichen Sprachkenntnisse für ein Studium haben. Darüber hinaus haben die wenigsten die erforderlichen Dokumente, um die Hochschulzugangsberechtigung belegen zu können.

### **Zugangsbedingungen**

(22) Es ist absehbar, dass künftig das Abitur eine notwendige aber nicht gänzlich hinreichende Bedingung zum Hochschulzugang sein wird. Bereits heute ist bei der Zulassung in NC-Fächern nicht nur die Abiturnote ausschlaggebend. Solange es Zulassungsbeschränkungen für besonders stark nachgefragte Studienfächer gibt, müssen Kriterien gefunden werden, um diese Studienplätze (gerecht) zu vergeben. Eine optimale Lösung dafür wird es nie geben.

(23) Das Missverhältnis zwischen personen- bzw. flächenbezogenen Studienplätzen und der tatsächlichen Zahl der Studierenden in Brandenburg ist ein Ärgernis, das sich jedoch nicht von heute auf morgen beheben lässt. Beim Hochschulbau wird Brandenburg sämtliche vom Bund genehmigten Maßnahmen verbindlich und ohne Zeitverzug ko-finanzieren. Es soll keine Rechtfertigung sein, aber ehrlichkeitshalber muss auch gesagt werden, dass Brandenburg im Bundesvergleich noch relativ viel Personal für seine Studierenden zur Verfügung stellt. Die Brandenburger SPD hat in den letzten Jahren auch dafür gesorgt, dass Hochschulpolitik zunehmend Priorität erhält. Die Finanzmittel für die Hochschulen wurden leicht erhöht, obwohl in allen anderen Bereichen Kürzungen vorgenommen wurden.

(24) Dass die Abiturnote allein wenig über die Motivation und Eignung eines Studienbewerbers aussagt, ist eine Binsenweisheit. Die Brandenburger SPD spricht sich deshalb grundsätzlich dafür aus, dass sich die Hochschulen ihre Studierenden selbst aussuchen können (und ihre Professoren auch). Zunächst bleibt abzuwarten, in welchem Umfang die Brandenburger Hochschulen überhaupt Eignungstests zum Hochschulzugang einführen und anschließend wird die SPD genau analysieren, ob sich dieses Mittel bewährt hat. Hier sind auch die Studierenden aufgefordert, entsprechende Eignungskriterien zu entwickeln.

### **Autonomie der Hochschule**

(25-26) Die Brandenburger SPD hält eine weitere Stärkung der Autonomie der Hochschulen für notwendig und möchte die Hochschulen weitgehend unabhängig von politischen Begehrlichkeiten oder staatlicher Gängelung machen. Die bereits eingeführten Globalhaushalte können nur ein erster Schritt sein. Die Hochschulen sollen rechtlich und wirtschaftlich eigenständig agieren können und auch die Personalhoheit erhalten. Dazu bedarf es eines modernen Managements inklusive permanenter Erfolgskontrolle - auch durch die Studierenden. Allerdings müssen die Hochschulsatzungen so weiterentwickelt werden, dass ein gerechter Interessenausgleich zwischen allen Akteuren an einer Hochschule möglich wird und die Hochschulpräsidenten nicht die Rolle eines allmächtigen Managers erhalten. Hoch-

schulen sind keine Wirtschaftsunternehmen sondern haben auch einen staatlichen Auftrag zu erfüllen.

### **Frauenförderung**

(27) Frauenförderung beginnt bereits in der Schule. Junge Mädchen und Frauen sollen gezielt ermuntert werden, nach dem Abitur ein Studium aufzunehmen. Dabei sollen sie verstärkt für naturwissenschaftlich-technische Studiengänge interessiert werden. Während des Studiums dürfen Kinder kein Hinderungsgrund sein, ein Studium fortzusetzen, wieder aufzunehmen oder abzuschließen. Leider zeigt sich, dass nach Abschluss des Studiums nur wenige Frauen eine akademische Karriere an den Hochschulen anstreben. Hier könnte eine spezielle Doktorandinnen-Förderung Abhilfe schaffen. Auch das von der Brandenburger SPD geforderte „Regine-Hildebrandt-Stipendium“ für Studierende und junge Wissenschaftler mit innovativen Forschungsansätzen könnte zur gezielten Frauenförderung genutzt werden.

### **Studentenwerke**

(28-30) Die Studentenwerke nehmen wichtige Aufgaben wahr. Sie betreiben Mensen und Kindertagesstätten, unterhalten Wohnheime, verwalten die Leistungen aus dem BAföG und bieten soziale sowie psychologische Beratungen an. Darüber hinaus unterstützen sie kulturelle Aktivitäten der Studierenden. Dies soll nach den Vorstellungen der SPD auch so bleiben und dafür sollen die Studentenwerke auch weiterhin finanzielle Unterstützung durch das Land erhalten. Die SPD bedauert die jüngst vorgenommenen Kürzungen durch das Wissenschaftsministerium, hofft jedoch, dass durch die effektivere Organisation der Studentenwerke die vorgenommenen Mittelkürzungen zumindest teilweise kompensiert werden können.